

Landschaftsschutz als gemeinsame Aufgabe sehen

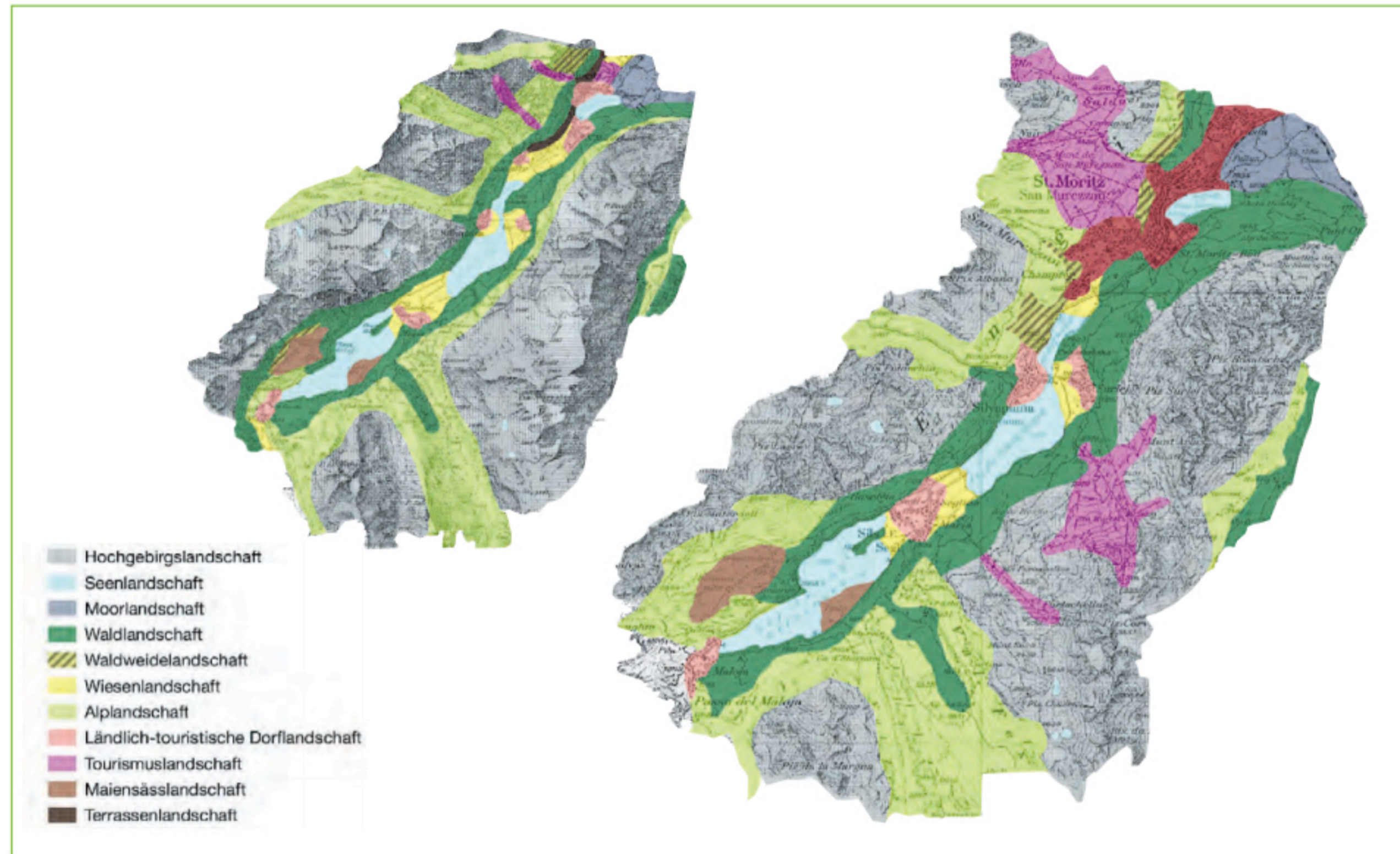
Dass es gelungen ist, die Oberengadiner Seenlandschaft mehrheitlich vor Nutzungsbegehrlichkeiten zu schützen, wird als grosse Leistung anerkannt. Dazu, wie dieser Schutz in Zukunft aussehen soll, gibt es unterschiedliche Ansichten.

RETO STIFEL

Die Mehrheit der rund 100 Interessierten, die am letzten Samstag zum 75-Jahr-Jubiläum der Pro Lej da Segl erschienen sind, war sich einig; die vor 75 Jahren abgeschlossenen Schutzverträge zur Sicherung der Oberengadiner Seenlandschaft waren Wegbereiter zu einer Erfolgsgeschichte, welche nach Ablauf mit einer Vertragserneuerung fortgeschrieben werden muss. Ähnlich sah es ein Teil des Podiums. Für Raimund Rodewald, Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, wäre es unverständlich, wenn dieses Schutzwerk aufgegeben und in Zukunft auf Freiwilligkeit gesetzt würde. Wichtig ist für Rodewald, dass das Ziel der Schutzbemühungen allen dient. «Wir sitzen im gleichen Boot», sagte er. Ähnlich sieht es die Präsidentin von Pro Natura Schweiz, Ursula Schneider Schüttel. «Vertrauen ist gut, Kontrolle besser, es braucht eine Absicherung in Form von Verträgen.»

Nicht von oben herab verordnen

Der Silser Gemeindepräsident Christian Meuli gab zu bedenken, dass heute auch ohne Verträge und auf freiwilliger Basis viel geleistet wird. Für Regierungsrat Marcus Caduff ist wichtig, dass die Wünsche der Leute vor Ort berücksichtigt werden. «Ich wehre mich dagegen, solche Vorschriften von oben nach unten zu verordnen.» Für Carmelia Maissen, Architekturhistorikerin und Gemeindepräsidentin von Ilanz, ist dann ein gutes Gleichgewicht erreicht, wenn die betroffene Bevölkerung die Chancen und Möglichkeiten einer solchen Schutzzone selbst sieht und dahintersteht. Mehrfach wurde in der



Die Oberengadiner Kulturlandschaft in einer grafischen Darstellung im Jahr 1945 (links) und 2018. Daraus lässt sich ablesen, wie sich die Nutzung verändert hat. Auffallend ist, dass der Schutzgürtel um die Seen bestehen geblieben ist.

Grafik: Stiftung für Landschaftsschutz Schweiz

animierten, von David Spinnler, Geschäftsführer der Biosfera Val Müstair geleiteten Podiumsdiskussion auf die Wichtigkeit dieses Miteinanders verwiesen. Der Vorwurf, Organisationen aus dem Unterland würden über die Bergbevölkerung bestimmen und über die Landschaft quasi eine Käseglocke in Form von rigiden Schutzbestimmungen legen, sei nicht zielführend. Carmelia Maissen nannte es «Betroffene zu Beteiligten machen». Der Landschaftsschutz solle nicht die Sache einiger weniger sein, sondern als gemeinsame Aufgabe gesehen werden.

Zum Schluss stellte der Moderator die Frage, wie es mit den Verträgen, die im

Jahr 2043 Jahren auslaufen, weitergehen soll und welchen Part die Pro Lej da Segl in Zukunft spielen könnte.

Neue Verträge ja, aber für wie lange?

Am konkretesten wurde Christian Meuli. Er schlug vor, die kommenden 15 Jahre, also die Zeit, bis die Verträge von den involvierten Seengemeinden Bregaglia, Sils, Silvaplana und St. Moritz erstmals gekündigt werden können, zu nutzen, um die Zukunft zu regeln. Für Meuli macht es keinen Sinn, die Verträge wieder auf 99 Jahre abzuschliessen. Er könne sich Zeiträume wie beim Raumplanungsgesetz, also maximal 15 bis 25 Jahre vorstellen. Deziert gegen eine

lange Vertragsdauer stellte sich Richard Atzmüller, Leiter des kantonalen Amtes für Raumentwicklung. «Wir dürfen nicht Entscheide vorwegnehmen, welche die kommende Generation betreffen», sagte er. Für Ursula Schneider Schüttel hingegen zeigt gerade das Beispiel der Oberengadiner Seenlandschaft, dass eine solche lange Vertragsdauer funktionieren kann und Gewährt bietet für einen langfristigen Schutz. Für Jost Falett, derzeitiger Präsident der Pro Lej da Segl (siehe auch Interview auf dieser Seite), kann es nicht sein, dass solche wichtige Fragen dem Zufall überlassen werden und es davon abhängt, wie stark der Gemeindepräsident einer der Ver-

tragsgemeinden auf solche Themen sensibilisiert ist.

Für Marcus Caduff ist wichtig, dass nicht nur der Schutz im Vordergrund steht. Das Pendel schlage zurzeit zu stark in Richtung «schützen» und zuwenig in Richtung «nutzen». Als Beispiel nannte er die Gemeinde Scuol, deren Gemeindegebiet zu 78 Prozent BLN-Gebiet ist, also zum Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung gehört. Wenn dann 0,3 Prozent dieser Fläche für eine sinnvolle Beschneidung ausgezont werden müssten, sei das aufgrund des Schutzstatus der Landschaft nicht möglich. «Für mich ist das unverhältnismässig», sagte Caduff.